

# Jugend & Familie

Ausgabe September/Oktober 2023 / Nr. 8

Arbeitsgruppe «Jugend und Familie», Postfach 4053, 8021 Zürich 1



*Zur Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität wollen Staat und Wirtschaft die Mütter zur Annahme einer Erwerbstätigkeit ausser Haus zwingen. Viele zerbrechen an der Doppelbelastung von Familienarbeit und Erwerbsarbeit.*

## Individualbesteuerung: Ein Schlag ins Gesicht der traditionellen Familien!

**Am 30. August hat der Bundesrat die Eckwerte für eine Individualbesteuerung festgelegt. Diese betrifft nebst den Bundes- auch die Kantons- und Gemeindesteuern. Väter und Mütter müssten künftig separate Steuerklärungen ausfüllen. Traditionelle Familien mit nur einem Haupteinkommen würden massiv diskriminiert.**

Gemäss Bundesamt für Statistik gab es Ende 2021 in der Schweiz 519'000 Haushalte mit drei und mehr Kindern. Insgesamt lebten rund 2,7 Mio. Menschen in diesen kinderreichen Grossfamilien. 95 % der Eltern sind verheiratet und ganz normale, traditionelle Familien.

Viele dieser Familien versuchen sich als Einverdienerfamilien über Wasser zu halten, d.h. Hauptverdiener ist der Vater. Die Mutter betreut primär die Familie und verdient vielleicht stundenweise noch etwas dazu. Dies ist bei 78 % der erwerbstätigen Frauen der Fall. Sie sind hierzu gezwungen, weil der Verdienst des Vaters nicht reicht

Bisher ist es so, dass der Grossteil dieses Zusatzverdienstes wegen der «Heiratsstrafe» bei den Steuern gleich wieder weggefressen wird. Das will der Bundesrat nun korrigieren.

### Grünsozialisten und Liberale wollen Individualbesteuerung

Der Weg hierzu ist jedoch falsch. Auf Drängen der Liberalen (FDP, GLP) und der Linken (SP, Grüne) will er dies mit der Einführung einer Individualbesteuerung tun. Das schadet den kinderreichen Familien enorm – und zwar aus folgenden Gründen:

Künftig müssten Vater und Mutter zwei separate Steuerklärungen ausfüllen. Auch die Kinderabzüge würden neu hälftig aufgeteilt. Beim Elternteil, der kein oder nur ein sehr kleines Einkommen erzielt, gäbe es gar nichts abzuziehen – weil ja gar kein Einkommen da ist, von dem abgezogen werden könnte. Allein bei der Bundessteuer müssten Einverdienerfamilien und jene mit kleinen Zweiteinkommen mit einer Steuerhö-

## Der falsche Weg!

Liebe Leserin,  
lieber Leser,



Am 30. August beschloss der Bundesrat, kinderreiche Einverdienerfamilien mit Steuern massiv stärker zu belasten.

Die Überlegung: Mit einer Individualbesteuerung soll die volkswirtschaftliche Produktivität gesteigert werden. Höhere Steuern sollen die Mütter zu mehr Erwerbsarbeit ausser Haus zwingen. Steuerabzüge wären für sie nämlich künftig nur noch wirksam, wenn sie ein ausreichend hohes Einkommen haben (ca. 50 %-Stelle).

Viele Mütter kinderreicher Familien zerbrechen jedoch an der Doppelbelastung als Familienmanagerin und Erwerbstätigkeit ausser Haus. Auf diese Frauen nimmt der Bundesrat keine Rücksicht. Diese Haltung ist menschenverachtend. Unsere Familienmütter werden als reine Produktionseinheit deklariert!

Zudem verabschiedet sich der Bundesrat damit von der Familie als Wirtschaftsgemeinschaft. Aber für die Linken und Liberalen (im Bundesrat die Mehrheit) spielt dies keine Rolle. Für sie gibt es ohnehin nur das Individuum und den Staat. Die Familie existiert in dieser Optik gar nicht.

In herzlicher Verbundenheit

Käthi Kaufmann-Eggler  
Präsidentin

hung von bis zu 2'000 Franken rechnen. Hinzu kommen noch Kantons- und Gemeindesteuern, die ebenfalls zur Individualbesteuerung übergehen sollen.

### Von der «Heiratsstrafe» zur «Einverdienerstrafe»

Konkret werden somit traditionell organisierte Familien künftig massiv mehr

besteuert als Familien, die gesamthaft das gleiche Einkommen erzielen, jedoch je zu ähnlichen Teilen von beiden Partnern erwirtschaftet. Dies ist auch ein Verstoß gegen die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit: Der Fiskus stellt nämlich nur noch auf die Einzelperson ab, unabhängig wieviele Personen vom erzielten Einkommen leben müssen. Die Familiengemeinschaft spielt keine Rolle mehr.

Einverdienerfamilien (und jene mit einem sehr kleinen Zweiteinkommen) würden damit künftig gleich doppelt benachteiligt, nämlich einerseits mit der «Einverdienerstrafe» und andererseits mit dem Fehlen eines Betreuungsabzugs. Eltern, die ihre Kinder selber betreuen oder im Familienkreis betreuen lassen, gehen nämlich leer aus. Demgegenüber profitieren Eltern, die ihre Kinder in die Krippe geben, von grosszügigen Subventionen und Abzügen.

### Verfassungswidriges Regime

Das Bundesgericht hat ein derart diskriminierendes Regime seit Jahrzehnten als verfassungswidrig beurteilt. Demnach ist eine individuelle Veranlagung nur zulässig, wenn gleichzeitig als Abfederung für Einverdienerhaushalte ein neuer Abzug als Korrektiv eingeführt würde.

An der Vernehmlassung vom letzten Frühjahr hatten auch wir uns beteiligt – sowohl seitens «Jugend und Familie», als

auch der IG «Familie 3plus»<sup>1</sup>. Damals war ein solcher Kompensationsmechanismus noch vorgesehen, womit Einverdienerfamilien einen Sonderabzug machen könnten. Die Steuererhöhung würde damit einigermassen korrigiert. In der aktuellen Vorlage hat Bundesrätin Karin Keller-Sutter dieses Korrektiv gestrichen.

### Vernehmlassung einfach nicht beachtet

Karin Keller-Sutter (FDP) hat sich mit einer Nonchalance sondergleichen über die Vernehmlassungsergebnisse hinweggesetzt. Das Resultat der Umfrage war nämlich verheerend. Lediglich fünf Kantone (BE, BS, FR, LU, ZH) stimmten zu. Einen Wechsel zur Individualbesteuerung lehnen ab:

- 4 Parteien (die Mitte, EVP, EDU, SVP)
- 21 Kantone (AG, AI, AR, BL, GE, GL, GR, JU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG)
- 14 Organisationen (Mitte Frauen Schweiz, Kantonale Finanzdirektorenkonferenz, Städtische Steuerkonferenz, Treuhänderverband, Freikirchen.ch, Ig3plus, Jugend & Familie, Bauernverband, Gewerkschaftsbund, Gastro-Suisse, VBSS, Centre Patronal, CVCI, Ligue vaudoise)

<sup>1</sup> [www.news.admin.ch/news/message/attachments/82271.pdf](http://www.news.admin.ch/news/message/attachments/82271.pdf)

Die Vorlage geht nun ins Parlament, wo sie voraussichtlich nächstes Frühjahr behandelt wird. Theoretisch besteht dort die Möglichkeit für Nachbesserungen. Gleichzeitig ist allerdings noch eine Volksinitiative der FDP-Frauen hängig, die eine Einführung der Individualbesteuerung fordert. Zudem läuft bis 27. März 2024 noch die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative «für faire Steuern», die von der «Mitte» gestartet wurde. Wir bleiben weiter am Thema dran.

Bitte denken Sie bei den Wahlen vom 22. Oktober daran: Keine FDP und keine hippen Grünliberale wählen! Keine SP und keine Grünen! Diese Parteien stehen für die familienfeindliche Politik der letzten 20 Jahre!

*Claudia Kaufmann  
Leiterin Familienhilfe, AG  
«Jugend und Familie»*



## Kurzmeldungen

### Konversionstherapien

Die ständerätliche Rechtskommission (RK-S) befasste sich am 16. August mit einem Verbot von Konversionstherapien, die eine Beeinflussung der sexuellen Orientierung bezwecken. Vorher will sie jedoch einen Bericht des Bundesrates abwarten, den der Nationalrat im März 2022 in Auftrag gab. Dieser folgt einem Postulat von Erich von Siebenthal (SVP). Die Begriffsdefinitionen seien nicht geklärt und die Komplexität des Themas stelle hohe Anforderungen an eine allfällige Gesetzesformulierung. Auch sei das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung von Menschen zu respektieren, die nach ihren Wünschen und Überzeugungen eine angemessene Unterstützung suchten. (sda)

### Krippen-Subventionen

Eines der wichtigsten Dossiers betrifft die familienexterne Kinderbetreuung. Der Nationalrat beschloss im März mit den Stimmen von SP, GLP, Grünen

und einem Grossteil der Mitte, dass der Bund künftig 20 % der Kita-Beiträge übernehmen soll, die Eltern bezahlen. Dies soll anfänglich 700 bis 800 Millionen Franken pro Jahr kosten – später noch mehr. Im Ständerat scheint die Skepsis jedoch grösser. Am 23. August gab seine zuständige Kommission bekannt, dass sie eine andere Variante prü-

fen lasse: Die Elternbeiträge könnten demnach über die bestehenden Familienzulagen – also nicht vom Bund, sondern von den Arbeitgebern – finanziert werden. Anspruch auf Unterstützung hätten Eltern mit einem bestimmten Beschäftigungsgrad. Dieser Ansatz wird jedoch sicher auf den Widerstand der Wirtschaft stossen. (sda)



Seitens des Vorstandes unserer Arbeitsgruppe «Jugend und Familie» danken wir allen Mitgliedern und Freunden für Ihr treues Mittragen unseres Einsatzes. Wir sind auf Ihre Unterstützung dringend angewiesen.



Ein Teil der vielen Teilnehmerfamilien am Familientag in Goldau vom 2. September. Zahlreiche kinderreiche Familien möchten sich selber über Wasser halten. Aufgrund finanzieller Belastungen geraten sie jedoch oft unverschuldet in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Zwangsabgaben wie Steuern, Gebühren und Prämien. Allein die Krankenkassenprämien sollen 8–10% steigen. Die Prämienverbilligung funktioniert schlecht.

## Resolution des Familientags: Der Mittelstand ist am Anschlag!

**Am 2. September fand in Goldau der 25. Schweizerische Familientag statt. Fast 500 Familien und Eltern trafen sich zum Meinungsaustausch und zur gegenseitigen Ermutigung. Die politischen Anliegen wurden in einer Bestandesaufnahme festgehalten.**

**Wir stellen fest:** Viele Familien kämpfen Ende Monat buchstäblich ums tägliche Brot. Gab ein Schweizer Haushalt 2020 pro Monat durchschnittlich 4'564 Franken für Konsumgüter aus, so müssen heute für denselben Warenkorb 288 Franken mehr bezahlt werden. Negativ betroffen sind vor allem die kinderreichen Grossfamilien des Mittelstandes.

### **Steuern und Gebühren:**

Vor allem die **staatlichen Zwangsabgaben** sind für Familien ein Problem. Sie treffen jene besonders hart, die sich ohne Sozialhilfe über Wasser halten möchten.

Gemäss Bundesamt für Statistik (BfS) geben Paare mit Kindern unter 25 Jahren fast ein Drittel – nämlich 30,2 % – des Haushaltsbudgets für Steuern, Gebühren, Prämien, Serafe, usw. aus. Bloss 13,1 % wird für Wohnen/Energie ausgegeben und 7,9 % für Verkehr.

Aufgrund der **«kalten Progression»** zahlt der Mittelstand übermässig Steuern. Von 2010 bis 2020 erhöhten sich die Löhne um durchschnittlich 8,4 %. Viele Arbeitnehmer kommen damit bei den Steuern in eine höhere Progressionsstufe, was die Lohnerhöhung zum Teil gleich wegfrisst.

Die **KVG-Prämien** stiegen in den letzten 25 Jahren um 146 % – die Gesundheitskosten (pro Kopf) aber nur um 81 %. Wie kann das sein? Das System der Prämienverbilligung funktioniert

ungenügend. Die erst 1996 eingeführte, obligatorische Krankenkasse ist schlecht konzipiert.

Bei der **Schule** kommen zahllose Nebenkosten hinzu (Exkursionen, Materialien, Musikunterricht, usw.). Immerhin hat das Bundesgericht kürzlich entschieden, dass die Volksschule unentgeltlich sein muss, d.h. keine Elternbeiträge mehr für obligatorische Lager und Ausflüge.

### **Wohnungsnot:**

Anders als die hippen, kinderlosen, städtischen Paare sind kinderreiche Familien auf viel Wohnraum angewiesen. In den Agglomerationen ist Mieten viel zu teuer geworden und **faktisch nicht mehr zahlbar** – geschweige denn ein Eigenheim. Ein wesentlicher Faktor ist dabei die Massenzuwanderung. Hochbezahlte Expats können in Zürich oder Lausanne fast jeden Preis zahlen, während der Mittelstandsfamilien aufs Land ziehen und einen langen Pendelweg auf sich nehmen müssen.

Die staatlichen Vorgaben für **energetische Sanierungen** stellen Grossfamilien mit einem (meist ererbten) Eigenheim vor Probleme. Mit ihrer «Solarinitiative» wollen die «Grünen» Solarpanels auf jedes Dach. Kostenpunkt: Durchschnittlich 30'000 Franken.

### **Inflation:**

Löhne und Ersparnisse werden von der Inflation aufgefressen und **die sozialen**

**Ungleichheiten wachsen.** Zwischen Januar 2021 und Mitte 2023 sank die Kaufkraft in der Schweiz um rund 6,3 %.

Der Medianlohn lag 2020 bei brutto 79'980 Franken, was einem typischen Mittelstandseinkommen einer Familie mit zwei Kindern entspricht. Der Bezüger eines solchen Salärs hat seit 2021 eine reale Lohneinbusse von 3,6 % erlitten.

Allein 2022 stiegen zwar die Nominallöhne um 0,9 %, aber die Jahresteuerrücklage lag bei 2,8 %. Die Reallöhne sanken deshalb durchschnittlich um 1,9 %. Konkret: Ein durchschnittlicher Jahreslohn ist heute 2'860 Franken weniger wert als noch Anfang 2021.

Ein Problem sind die **Energiekosten**. Für einen vierköpfigen Haushalt resultiert 2024 voraussichtlich eine Stromrechnung von 1'446 Franken, wie die Elcom mitteilte. Das sind 18 % mehr als im laufenden Jahr. Der Aufschlag ist umso schmerzhafter, als sich die Stromrechnung bereits 2023 um fast 30 % verteuert. Innert nur zwei Jahren stiegen die Stromkosten für einen typischen Haushalt durchschnittlich um 500 Franken.

**Die Inflation trifft arme Familien stärker als Wohlhabende.** Beim Einkommen ist dies der Fall, weil Arme einen grösseren Anteil des Salärs für den teureren täglichen Konsum ausgeben müssen. Und beim Vermögen können sich Leute mit wenig Geld meist weder Aktien noch Immobilien leisten, sondern halten ihre bescheidenen Mittel als Bargeld oder auf Sparkonten. Beides liefert keinen Inflationsschutz.

Das Medianvermögen einer typischen Mittelstandsfamilie lag 2020 bei 137'645 Franken pro Person. Wer soviel auf dem Bankkonto hatte, verlor seither mit Inflation und Negativzinsen rund 9'000 Franken.

# Vielleicht kann jemand helfen?

- **Ältere Bezugsperson/Grossmami/-papi:** Eine Mutter schreibt uns: «*Unsere Kinder sind 9, 7, 5 und 1 1/2 Jahre alt. Wir sind vor 1 1/2 Jahren nach Hinwil gezogen. Da wir keinen Familienanschluss haben, wäre es für unsere Kinder schön, wenn sie eine ältere Bezugsperson haben könnten: Hin und wieder auf Besuch kommen, evtl. mit ihnen spielen oder ein Buch vorlesen oder einfach mit uns Eltern etwas trinken und reden. Es würde sich ja zeigen, was möglich ist. Vielleicht ergibt sich auf diesem Weg eine schöne Beziehung für unsere Kinder und auch für uns als Familie.*»
- **Cello Grösse 1/2:** «Wir bekamen kürzlich auf Ihren Aufruf hin ein Cello geschenkt, wofür wir sehr dankbar sind. Leider stellte sich aber nach dem Besuch beim Geigenbauer heraus, dass grössere Reparaturen nötig sind, die den Wert des Cellos übersteigen. Ich musste nun ein Cello mieten, damit wir mit dem Unterricht fortfahren konnten. Falls Sie ein Cello 1/2 Grösse hätten, wären wir deshalb weiter sehr dankbar.»
- **Grosses Cello:** Mutter E.S. schreibt uns: «*Wir haben 8 Kinder, wovon noch drei zuhause sind. Wir suchen nun für unsere Tochter (Bild rechts) ein gut erhaltenes Cello, das günstig zu erwerben wäre. Sie ist 12 Jahre alt und hat gerade auf ein «ganzes» Cello gewechselt. Die Monatsmiete ist relativ teuer. Ein eigenes zu haben, wäre schön.*»
- **Buch «Tumult auf der Kyburg»** von Heiner Gross gesucht für eine Familie, die neu im Tösstal wohnt.



**Hinweise bitte an [kaufmanns@livenet.ch](mailto:kaufmanns@livenet.ch) oder  
Telefon 031 351 90 76. Vielen Dank!**

## Freuden des Monats

- **Erste Pfarrstelle für Raphael:** Er schreibt uns: «*Dank eurer Vermittlung bin ich in Hölstein zum Pfarrer gewählt worden. Vergelt's Gott!*»
- **Dank einer Mutter aus Zürich mit vier Kindern für finanziellen Zustupf:** «*Ich weiss nicht, wie ich es sagen soll, wie dankbar und erleichtert ich bin. Ihre Unterstützung ist eine sehr, sehr grosse Hilfe und Sie haben meine Familie und mich damit sehr entlastet. Ich hoffe ich kann Ihnen diese gute Tat eines Tages im gleichen Wert zurückgeben. Es ist Herzerwärmend, dass es Menschen wie Sie noch gibt.*»
- **Rechts: Für geschenkte Nähmaschinen danken gleich mehrere Familien!**



## Gebetsanliegen des Monats

**Wir beten:**

- **Für eine siebenköpfige Schwyzer Familie:** Dass die IV ein Einsehen hat und auch weiterhin die Finanzierung einer Betreuungsperson ermöglicht.
- **Für eine Mutter von vier Kindern:** Dass die hartnäckige Wunde nach einer schwierigen Fussoperation bald heilt.
- **Für die älteste Tochter (16) einer Familie in der Ostschweiz und ihren Freund (17):** Die beiden werden im Oktober Eltern.
- **Für eine Mutter von fünf Kindern in Schaffhausen:** Nach einem Auffahrunfall hat sie oft Kopfschmerzen: Dass sie Heilung findet.

## Kurzmeldungen

### Spitäler in Nöten

Um die Finanzen der Schweizer Spitäler steht es schlecht. Die Beratungsgesellschaft KPMG hat 48 Kliniken unterschiedlicher Grösse mit einem Jahresumsatz von total 20 Mia. Franken durchleuchtet. Demnach wird jedes vierte Spital in 20 Jahren seine Eigenmittel aufgebraucht haben, wenn es mit den gegenwärtigen Verlusten so weitergeht. Dies gefährdet mittelfristig die ganze Branche. Derzeit gibt es in der Schweiz 276 Spitäler – inklusive Psychiatrie- und Rehabilitationskliniken – an 579 Standorten. (idea)

### Menschen überschuldet

Über eine halbe Million Menschen hierzulande kann ihre Schulden nicht mehr stemmen. Gemäss Auskunft der Wirtschaftsauskunftei CRIF kommen 542'794 Menschen mit ihrem Schuldenberg nicht mehr zurecht. Damit liegt die Schuldnerquote bei 6,1 %. Der Mittelwert der Schulden liegt bei 67'138 Franken. Die höchsten Schulden haben Personen, die als Unternehmer gescheitert sind. An zweiter Stelle stehen Spielsüchtige. Sucht kann generell zu hohen Schulden führen – auch eine Kauf- oder Drogensucht.

Oft steht im Zentrum der Schulden ein Schicksalsschlag – sei es ein Unfall, ein Jobverlust, eine Trennung oder der Verlust eines geliebten Menschen. Bei knapp drei von zehn Ratsuchenden hingegen ist der Grund für die Verschuldung eine gewagte Geldplanung. Auch viele Kinder leiden unter der Schuldsituation ihrer Eltern. Der Anteil Kinder in betroffenen Haushalten liegt bei 28 %. (sda)

### Impressum:

Adressänderungen bitte an:  
[info@jugendundfamilie.ch](mailto:info@jugendundfamilie.ch) oder  
Telefon 077 478 60 82  
Jahresabonnement: Fr. 20.–  
Spendenkonto:  
IBAN: CH02 0077 9014 0157 5230 1  
Redaktion dieser Ausgabe:  
Käthi Kaufmann, Bürglenstrasse 31,  
3006 Bern, Tel. 031 351 90 76  
[kaufmanns@livenet.ch](mailto:kaufmanns@livenet.ch)  
Hilfsgesuche betreffend Familien in Not:  
Mirjam von Alvensleben, Waldastrasse 2,  
9500 Wil, Telefon 061 554 91 25  
Verlag:  
Arbeitsgruppe «Jugend und Familie»  
Postfach 4053, 8021 Zürich 1  
[www.jugendundfamilie.ch](http://www.jugendundfamilie.ch)  
Druckerei: Schmid-Fehr AG, 9403 Goldach